

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter, Buchhandlungen und Repertoire sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pf. ohne Fracht. — Preis per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pf.; per Kreuzband 39 Pf. Vorausbezahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgesetzt sein. Die 5gepaltene Beilage kostet 25 Pf.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 50.

Sonntag, den 13. Dezember.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die gesamte Tabakarbeiterschaft Deutschlands!

Der Ruhhandel beginnt! Der Reichstag hat in einer siebenstägigen Debatte über die neue „Reichsfinanzreform“ verhandelt. Bei der Neure über die einzelnen Steuerprojekte dieser Reform lagen es klar zutage zu treten, daß das Zigarren-Wanderollesteuerprojekt bei den verdienstlichen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Konservativen, keine Zustimmung erlangen würde. Das Wanderollesteuerprojekt dürfte wohl als gescheit zu betrachten sein. Selbst aber, wenn dies Wahrheit werden sollte, dürfen die Tabakarbeiter Deutschlands sich nicht trügerischen Hoffnungen hingeben, denn an Stelle des gescheiterten Projekts treten sofort einige neue andre, welche aber immer und immer wieder die von dem Tabak zu erzielende Mehreinnahme von 70 bis 80 Millionen und möglichst auch noch darüber hinaus zu bringen haben. Als solche neue Projekte sind von verschiedenen Parteien in Anregung gebracht: Zollerhöhung von 85 auf 150 Mk. pro Doppelzentner. Ebenso auch eine Erhöhung der Zinlandsteuer. Als drittes Projekt ist eine Kohltabak-Versteuerung vorgeschlagen worden. Was dieses oder jenes Projekt auf der Bildfläche erscheinen, wir müssen immer wieder das Gesagte wiederholen: Was die neue Belastung des Tabaks einen Namen tragen, welchen sie wolle, wir haben uns gegen jede neue Belastung zu wenden. Die Form derselben ist gleichgültig; die Wirkung auf unsern hundertartigen Magen bleibt dieselbe. Die Regierung sucht trotz des eingeleiteten Ruhhandels die Wanderollesteuer durchzuführen, um so mehr, als sie durch Festhaltung an diesem Projekt die Zigarrenhändler zu größeren Zugeständnissen respektive Bewilligungen und eventuell in andre Formen zu drängen glaubt.

An die Tabakarbeiter Deutschlands richten wir die energische Aufforderung, an allen den Orten, wo die Agitation bis jetzt sehr wenig oder gar zu schwach betrieben worden ist, sich aufzurufen, um mit uns vereint auch gegen die ferneren Projekte zu opponieren, damit dieselben um so sicherer zu Falle gebracht werden können. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gefahr heute größer ist wie je zuvor. Mit dieser vergrößerten Gefahr muß unsere Arbeit, unsere Ausdauer in der Agitation gegen diese Vergewaltigung, den Ruin unserer Industrie bis zur höchsten Potenz gesteigert werden. Den letzten Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen bis in die dunkelsten Winkel hinein muß es klar gemacht werden, was auf dem Spiele steht und wo ihr Platz ist. Jeder muß ein Agitator sein. An allen Orten, wo nur einigermaßen Tabakindustrie vertreten, wo bis jetzt noch keine Kommissionen gewählt worden, wo auch bis jetzt keine Protestversammlungen stattgefunden haben, ist dieses schmerzhaft nachzuzahlen. Tieferschall müssen sich die Kollegen mit ihren Bezirksleitern, und zwar nur mit diesen, in Verbindung setzen.

Tabakarbeiter Deutschlands! Den von uns schon angekündigten

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands

mit ihren Nebengewerben berufen Unterzeichnete hiermit zu Montag, den 18. Januar, morgens 9 Uhr, nach Berlin.

In welchem Lokal der Kongress stattfinden, geben wir später bekannt. In den Orten, wo Delegierte hierzu noch nicht gewählt sind, muß dieses jetzt nachgeholt werden und Wahlmahlungen zur Bestreitung der Unkosten des Kongresses vorgenommen werden.

Der Reichstag hat die Reichsfinanzreformvorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern übertragen, welche wahrscheinlich am Freitag, den 11. Dezember 1908, mit dem Reichstag in die Weihnachtstferien geht, die bis zum 12. Januar 1909 dauern.

Kollegen! Diese Zeit müßt ihr noch tüchtig zur Agitation und zur Abwehr des uns drohenden Ruins ausnützen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
S. A.: Wihl. Boerner

Wo ist die Wahrheit?

Fast können wir es nicht glauben, was uns über die neueste Wendung in der Tabaksteuerfrage mitgeteilt wurde. Vertreter des Deutschen Tabakvereins, also der Organisation der Zigarrenfabrikanten, sollen im Reichs-

schtag sowohl, wie Führern bürgerlicher Parteien den Vorschlag gemacht haben, die Wanderollesteuer für die Zigarrenindustrie fallen zu lassen, dafür eine Erhöhung des Gewichtsolles in den Kreis ihrer Berechnung zu ziehen. Ja, man nannte uns sogar den Zolltag, den diese Unterhändler angeboten haben sollen: 125 Mark pro Doppelzentner ausländischen Tabak. Mit diesem hohen Zolltag wolle sich jedoch das Reichschtagamt nicht zufrieden geben, es sei dort von mindestens 150 Mark pro Doppelzentner geredet worden.

Von anderer Seite wurde uns dagegen gesagt, der Deutsche Tabakverein sei nicht offiziell an diesen Umtrieben gegen die Tabakindustrie beteiligt, aber einflußreiche Großfabrikanten betrieben sie. Gegen diese Verrätere — denn anders wäre dieser Ruhhandel nicht zu bezeichnen — müßte die Tabakindustrie energig Front machen. Vor allem wird es nötig sein, daß der Deutsche Tabakverein entsetzt den Stellung nimmt zu den Mitteilungen, die in den Wandlungen des Reichstags mit verschiedenen Zutaten Stoff zu allerhand beunruhigenden Gerüchten geben.

Selbstverständlich müssen derartige Gerüchte jenen Parteien, die den Tabak um jeden Preis höher besteuern möchten, willkommenen Anlaß zur Ausschüttung neuer Steuerprojekte geben. Nicht umsonst scheint von der offiziellen nationalliberalen Kölnischen Zeitung die verwirrende Mitteilung in die Steuerdebatte geworfen zu sein, einzelne Parteien — der Hölz etwa? — hätten sich entschieden, die Wanderollesteuer fallen zu lassen, dafür aber den Tabak in anderer Form zu belasten, entweder in Form eines Wertzolles auf ausländischen Tabak oder unter einfacher Erhöhung des Gewichtsolles.

Während der Weihnachtstferien werden die Steuerzutreiber der Regierung alle Register ziehen, um die sich noch sträubenden Abgeordneten für diese Form der Tabakbelastung zu gewinnen. Demgegenüber muß die Tabakindustrie nunmehr ihr Kampffeld erweitern und den Kampf gegen diese von den Offiziellen herbeigeführten Projekte ausdehnen. Vor allem aber muß — wie gesagt — erst Klarheit geschaffen werden, ob Kreise der Tabakindustrie an diesem Schlag in den Rücken der Tabakindustrie beteiligt sind.

Vornehmlich die Kreise der kleinen und mittleren Zigarrenfabrikanten sollten kräftig darauf dringen, daß ihre Organisation, der Deutsche Tabakverein, reinen Wein über den Stand dieser Angelegenheit einfließen. Wie es scheint, sollen sie eingeleitet werden mit der Redensart, daß eine derartige Zollerhöhung nicht gefährlich wäre für die Zigarrenindustrie.

Nun, wir werden bald näher auf die Bedeutung der Zollerhöhung eingehen, sie ist ja auch bereits früher in ihrer Gefährlichkeit dargelegt worden. Jetzt aber heißt es: Den Vereinigungen der Abgeordneten durch die Steuerwüterie muß entgegen gearbeitet werden. Wie man die Abgeordneten bisher über die Wirkung der Wanderollesteuer belehrt hat, so muß das während der Weihnachtstferien auch über die Zollerhöhungsjektive gegeben.

Kollegen! Nicht gesäumt! Die Gefahr wächst, weil die Gegner mit Hinterlist und Heimtücke gegen die Tabakindustrie ihre vernichtenden Steuerpläne richten. Die Arbeiter wissen, daß die Gefahr der Zoll- und Steuererhöhung für sie gleich groß ist, darum wird ihr Kampf ebenso energig sich gegen diese Projekte richten.

Aus der Stellung, die der Deutsche Tabakverein zu dieser neuesten Wendung nehmen muß, werden wir ja bald erfahren, ob der Kampf nur von den Arbeitern gegen den neuen Streich geführt werden muß. Dann wird zu erwägen sein, ob ein Appell an die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu richten ist, uns in diesem Kampfe um unsere Existenz mit allen Kräften zu unterstützen. Also immer vorwärts!

Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

General v. Dierck als „Vollvertreter“. In Ungenan wurde eine Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabaksteuer, die von den Tabakindustriellen arrangiert war, abgehalten. Zu der Versammlung wurde auch der Abg. v. Dierck eingeladen, um sich über die Wünsche seiner Wähler zu orientieren. General v. Dierck beantragte, der Versammlung nicht beizutreten zu können, weil er angeblich schon anderweitig versagt war. Er tröstete aber den Drießreider mit der Bemerkung, daß alles geschehen soll, um die Zigarrenarbeiter nicht zu schädigen, sondern die Wanderollesteuer auf die Konjumenten, also auf die Raucher abzuwälzen.“ Herr

v. Dierck hat mit dieser Antwort bewiesen, daß er gar keine Ahnung davon hat, wie verheerend auf die Tabakindustrie eine solche Konsumsteuer wirken muß.

Der antisemitische Abgeordnete Raab entschuldigte sein Fernbleiben von einer Protestversammlung, zu der er eingeladen war, durch folgendes Schreiben:

Die Zeitsung an Ihrer Versammlung am 15. wird mir schon dadurch unumgänglich gemacht, daß ich am gleichen Tage in Erfurt anlässlich meines deutschlandsparteilichen für Thüringen über die Finanzreform zu referieren habe. Im übrigen kann ich mich auf meine oftmals beantragte Stellungnahme zu jeder neuen Belastung der Tabakindustrie beziehen. Ich werde also auch die neue Vorlage ablehnen und Ihre Durchsetzung nach Möglichkeit zu hindern suchen. Ich erwarte Sie, dies der genannten Versammlung mitzuteilen.

Achtungsvoll
F. Raab.

Der Abgeordnete für Kruswalde-Friedeberg gegen die Tabaksteuer. Aus Driesen wird uns geschrieben:

Als Antwort auf unsere ihm zugesandte Resolution vom 18. November d. J. hat uns der Herr Reichstagsabgeordnete durch folgendes Schreiben gelandt:

Ich behäufte Ihnen den Empfang der in Ihrer Mitgliederversammlung vom 18. November d. J. gefassten Resolution betr. den Steigertum für Besteuerung des Tabaks, der dem Reichstag vorgelegt ist. Ohne mich im einzelnen festhalten zu wollen, kann ich Ihnen die Berücksichtigung geben, daß ich der Erleichterung der Tabaksteuer in ihrer jetzigen Form nicht zustimmen werde. Ich würde einer Tabaksteuerung nur meine Zustimmung geben können, wenn die billigeren Zigaretten freizubleben würden. Das ist aber in der Vorlage nicht der Fall. Die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt würde die kleinen Fabrikanten, die keinen Händler und die Tabakarbeiter schwer lädigen. Solchen Vorseßmaßnahmen gebe ich meine Zustimmung nicht.

Gochachtungsvoll
Wilhelm Bruhn, M. d. R.

Helfer Eydows. In der Handelskammer zu Döbeln wurde über die „Reichsfinanzreform“ geredet. Syndikus Graf Brockdorf empfahl die Annahme einer höheren Steuer auf Zigarettenfabrikate bezw. erhöhte Besteuerung der Zigaretten. Bei dieser Verpredung ergriff auch Statthalter Heiners-Kathor das Wort, um sich namens der Tabakindustrie für die Annahme der erhöhten Tabaksteuer auszusprechen, nur war ihm, wie den Interessenten in den Kreisen der Tabakfabrikanten und des Tabakvereins nicht klar, in welcher Form die Besteuerung stattfinden soll. Er gibt einen ziffermäßigen Nachweis der Mehrkosten für die Zigaretten von der 50 Pf.-Importe bis zur Zigarette des Vergarbiters nach der Mehrbesteuerung. Herr Heiners befähigte demnach, daß Zigarrenindustrielle der Tabakindustrie in den Rücken fallen, wie wir in unserem heutigen Beilartikel betauptet haben.

Es wird uns aus Geldern geschrieben:

Auf die von uns eingeklagte Protestresolution ging vom Reichstagsabgeordneten Dr. Marcour, Zentrum, folgendes Schreiben bei unserem 1. Bevollmächtigten ein:

Berlin NW, den 1. Dezember 1908.

Reichstag.

Gw. Wohlgeborn

befähigte ich den Empfang Ihres Schreibens nebst Resolution gegen die Tabaksteuervorlage mit dem ergebenen Bemerkten, daß ich gern im Sinne derselben wirken werde. Meine Stellung gegen eine die einheimische Tabakindustrie, insbesondere auch die des Niedersächsischen geänderte Steuervorlage habe ich wiederholt in Versammlungen dargelegt. Demersprechend bin ich auch gegen die jetzige Vorlage.

Gochachtungsvoll
Dr. Marcour, M. d. R.

Konservative und Tabaksteuer.

Die konservative Kreuzzeitung hat wiederholt scharfe Artikel gegen jede Mehrbelastung des Tabaks gebracht. Am 30. September 1898 schrieb dieselbe: „Man kann nur mit Schreden an die verheerenden Wirkungen der durch die Fabriksteuer bedingten Arbeitslosigkeit denken.“

Zu der beantragten Zollerhöhung von 85 Mark auf 125 Mark pro Doppelzentner erklärte am 10. Januar 1906 der konservative Abgeordnete Reichig: „Meine politischen Freunde haben mannigfache Bedenken gegen dieselbe. Es läßt sich wohl nicht ableugnen, daß eine zu große Erhöhung des Zolles leicht die Tabakfabrikation und die Zigarrenfabrikation aus den bisherigen Stellen verdrängen könnte, und das wäre im Interesse der Arbeiterbevölkerung, die in der Tabakindustrie beschäftigt ist, im höchsten Grade zu bedauern. Das müßte vermieden werden.“

Graf Ranitz erklärte am 11. Januar 1906: daß er das Tabakmonopol noch immer für die glücklichste Lösung der Tabaksteuerfrage halte. „Wir gehen“, sagte er, „sehr ungern an diese Tabaksteuerreform heran wegen der Arbeiter, die durch ihren Erwerb finden und welche schweren Schädigungen entgegengehen.“

...darbort am 10. Januar 1900: „Zu vermeiden sind in der Tat Wiederholungen derjenigen Beschäftigungen in der Fabrikation, welche feinerzeit dazu geführt haben, daß viele Arbeiter von Arbeitern im Norden Deutschlands — Hamburg, Bremen — sich in ihrem Erwerb gestört fühlten, und daß die Tabakfabrikation in Süddeutschland einsetzte. Solche Beschäftigungen sind sehr heftiger Natur, und wir sollten sehen, daß dies durch dieses Tabaksteuergesetz beseitigt werden könnte.“

Die Nationalliberalen und die Tabakzollerhöhung.

Die Meldung, daß sich die nationalliberale Fraktion für eine Tabakzollerhöhung entschieden habe, klingt um so befremdlicher, als die Nationalliberalen 1906 allein fünf Heftiger gegen die Zollerhöhung ins Feld schickten, die Abgeordneten Wasser-

mann, Mülling, Kabis, Kistenberger und Gels. Als „langjähriger Redner“ schilderte am 12. Januar 1906 der Abgeordnete Kistenberger die schlimmen Wirkungen der Zollerhöhung von 1879 auf die Industrie und vor allem auch auf den Tabakbau in Deutschland und erklärte zum Schluß: „Meine Herren, wir können alle der vorgezeichneten Erhöhung der Steuer und des Eingangszolls auf Mosttabak nicht zustimmen. Wir dürfen diesen Weg nicht beschreiten, der uns wieder zu einem groben fiskalischen Eingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse führen würde, und den ich sozialpolitisch nur als gänzlich verfehlt und unzulänglich bezeichnen kann.“

Von den übrigen Rednern wollen wir nur die Ausführungen des Abgeordneten Mülling wiedergeben, der am 9. Januar 1906 das folgende ausführte: „Aber, meine Herren, steht es mit der höheren Besteuerung des Tabaks. Ich gebe zu, daß der Tabak ein sehr geeignetes Steuerobjekt ist, aus dem andere Staaten ganz gewaltige Summen ziehen, teils in Form sehr hoher Zölle, teils in Form des Tabakmonopols. Aber meine Freunde und ich sind der Ansicht, daß für Deutschland der richtige Ausgangspunkt für eine eingreifende Besteuerung des Tabaks verpakt ist, und daß sich dieses Verzeichnis jetzt nicht wieder einholen läßt. (Sehr richtig!) Meine Herren, beim Tabak handelt es sich um drei Interessentengruppen: um den inländischen Tabakbau, der geschützt werden will, um die jüdische Zigarettenindustrie, die den inländischen Tabak verarbeitet, und um die große modische Zigarettenindustrie, die ausländischen Tabak bearbeitet. Diese drei Betriebe haben sich mühsam aufgebaut und entwickelt auf der Tabaksteuererhöhung vom Jahre 1879. Jede Erhöhung des Zolls und jede Erhöhung der Zigarettensteuer bringt eine Verjährung der gegenseitigen Konkurrenz mit sich. Es ist nicht möglich, die Erhöhung der Zigarettensteuer und die Erhöhung des Auslandzolls so gegeneinander abzuwägen, daß der gegenwärtige Wettbewerb zwischen diesen drei Faktoren dadurch nicht gestört oder beeinträchtigt wird. Es handelt sich dabei um wesentlichen um die billige Zigarette des Massenverbrauchs. Wie Sie es auch einsehen, die Sie auch den Zoll auf ausländischen Mosttabak gegenüber einer Erhöhung der Zigarettensteuer erhöhen, immer ergibt sich eine Verjährung der gegenseitigen Konkurrenzverhältnisse um so mehr, als dabei nicht nur Steuer und Zoll in Frage kommen, sondern auch noch manche andere Momente, wie z. B. der Unterschied zwischen der Höhe der Löhne in Norddeutschland und Süddeutschland. Also, es ist nicht möglich, ohne sehr berechtigte Interessen zu schädigen, an der gegenwärtigen Besteuerung des Mosttabaks etwas zu ändern. Wie Ihnen bekannt, kommen in der Tabakindustrie ganz gewaltige Arbeiterkämpfe in Frage. Es werden wohl über 200 000 Arbeiter sein, die in der deutschen Tabakindustrie beschäftigt sind. Sobald Sie die Bedingungen des Wettbewerbs auch nur im geringsten ändern, leidet nicht nur die Industrie, sondern es leiden die sämtlichen in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die unter Umständen brotlos werden können. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen, und deshalb komme ich zu dem Resultat, daß wir an der gegenwärtigen Besteuerung des Mosttabaks nichts ändern können.“

Wie angeführt dieser konsequente Stellungnahme gegen jede Zollerhöhung im Jahre 1906 gilt jetzt — nach zwei Jahren — die Nationalliberalen für eine Zollerhöhung erklärt haben sollen, erscheint für den einfachen Menschenverstand ganz unbegreiflich.

Rundschau.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht:

„Zit dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das Reichsvereinsgesetz, insbesondere der § 12 (Sprachenparagraf) von Verwaltungsbeförden vielfach in einer Art und Weise gehandhabt wird, die sich wieder mit dem Wortlaut des Gesetzes noch den Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen vereinbaren läßt? Welche Maßregeln gegen der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um gegen diese Uebelfände Abhilfe zu schaffen?“

Zu Rednern wurden bestimmt die Genossen Drey und Rebebour.

Gegen den Arbeiterkampf in der Zigarettenindustrie laufen die Unternehmer Sturm.

Sie sehen Petitionen unter ihren Arbeitern in Umlauf und versuchen diese zur Unterschrift zu bewegen. Die Petitionen haben folgenden Wortlaut: „Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Gewerbeordnungsnovelle hat beschlossen, die Höchstarbeitszeit an den Vorabenden der Sonn- und Festtage für verheiratete Frauen auf sechs Stunden und für unverheiratete auf acht Stunden festzusetzen, sowie Beschränkungen in bezug auf die Einarbeit der Fabrikarbeiterinnen einzutreten zu lassen. Die unterzeichneten Arbeiterinnen bitten hierdurch die verbündeten Regierungen und den hohen Reichstag um Ablehnung dieser eine verabschiedete Behandlung der lebigen und verheirateten Arbeiterinnen und eine Befreiung des Rechts auf Arbeit enthaltenden Beschlüsse. Wir können in einer berechtigten Forderung die Regelung dieser Angelegenheit nicht als gerechtfindliche Änderung, vielmehr nur einen durch ein arbeitsverfehlter Eingriff in unsere Erwerbsfreiheit erachten. Es muß uns gestattet bleiben, über die Arbeit, welche wir außerhalb unserer Berufspflicht leisten wollen, jedoch nach Art und nach Umfang nach unserm Ermessen frei zu bestimmen, und wir empfinden gegenwärtige Anordnungen als einen Eingriff in unser häusliches Recht. Die verabschiedete Festschreibung der Arbeitszeit für lebige und verheiratete Arbeiterinnen würde, mag sie auch gut gemeint sein, doch nur dazu führen, die Verheirateten zu unbelohnten Arbeiterinnen zu machen, denn sich die Arbeitgeber nach Möglich-

keit bald entledigen, um unermeidlichen Störungen des Betriebs entziehen zu sein.“

Mittels Schreibmaschine hinzugefügt: „Zugleich mit dem Tabaksteuergesetz, durch das die gesamte Tabakindustrie mit einer hohen Steuer belastet werden soll, liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf vor, der auf eine Verringerung der Gemeindeförderung hinzielt. Eine Kommission des Reichstags hat den Entwurf, wie ich glaube, in vielen Punkten verbessert, indem sie in bezug auf die Tätigkeit der weiblichen Arbeitkräfte Bestimmungen traf, wogegen wir mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben müssen. Wir können nicht zugeben, daß es und verdolten sein soll, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, wenn wir die gesetzlich zulässige Zeit in der Fabrik beschäftigt gewesen sind.“

Darüber wird z. B. den Zigarettenarbeiterinnen verboten, Fußeln zu Hause zu haben, wenn sie zehn Stunden des Tages in der Fabrik arbeiten. Das bedeutet einen Eingriff in unsere häuslichen Rechte und schmälert unsern Verdienst. Dann sollen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage unverheiratete Arbeiterinnen acht Stunden, verheiratete aber nur sechs Stunden in den Fabriken beschäftigt sein dürfen. Auch gegen diese Bestimmungen müssen wir entschieden Widerspruch erheben. Sie bezwecken gleichfalls eine Verminderung des Einkommens der davon Betroffenen, sie bringt unermeidliche Störungen in den Betrieb und stempelt die Verheirateten zu Arbeitskräften, auf die der Arbeitgeber so lange als möglich verzichtet.“

Wegen alle den ausliegenden Protest unterschrieben, damit die Reichstagskommission unsere Ansicht kennen lernt. Emilie Neubert, best. Große Frauenseite Straße 8 bis 10. Lina Lehmann, best. Stephaniensstraße.

(Diese beiden Unterschriften sind mittels Schreibmaschine geschrieben.)

Diese Schläumeier von Unternehmern veranlassen sie e Arbeiterinnen, die die Tragweite des ihnen vorgelegten Schreibens nicht ermessen können, zur Unterschrift, um das bisherige Arbeiterinnenrecht zu verhindern. Sie reden darin von Einschränkung der persönlichen und häuslichen Freiheit und meinen doch in Wirklichkeit nur die Freiheit der Ausbeutung. Daß der Reichstag solchen von den Unternehmern ausgehenden Petitionen keine Bedeutung beilegen kann, ist wohl selbstverständlich. Schlimm genug, daß sich Arbeiterinnen zur Unterschrift solcher Machwerke bestimmen lassen. Man kann nur ihre Unwissenheit auf diesem Gebiet als Entschuldigung gelten lassen.

Ortskrankenkassen und Sozialdemokratie.

Die Sorge gegen die Ortskrankenkassen, wie sie namentlich von der Arbeitgeberzeitung betrieben worden ist, hat bisher keinen Erfolg gezeigt. — Die erhobenen Anklagen über sozialdemokratische Mißwirtschaft haben sich als völlig haltlos erwiesen. Das muß jetzt selbst einer der Hauptfachmacher, Kommerzienrat Mend, zugeben, der eine Zuschrift an die deutsche Arbeitgeberzeitung richtet, der wir einige Stellen von allgemeiner Wichtigkeit entnehmen:

„Es wird immer von den großen Mißständen in den Ortskrankenkassen gesprochen und es sind auch eine Anzahl Einzelfälle an die Öffentlichkeit gebracht, sieht man aber genauer hin, so macht es den Anschein, als wenn diese Anklagen überwiegen aus den Streifen unzufriedener Krankenkassenärzte und unzufriedener Krankenkassenbeamten stammen.“

In der vom Reichsamt des Innern berufenen Konferenz forderten die anwesenden Sozialdemokraten förmlich die Verlegung von Belegen für die erhobenen Anklagen und es konnten diese gebracht werden mit der einen Ausnahme, daß in einer Krankenkasse der Vorstand den Beamten die Teilnahme an der Kaiserfeier gestattet hatte. Da bürokratische Kassenvorstände wohl nichts Schlimmes darin sehen würden, den Kasseneamten die Teilnahme an der Kaiserfeier zu gestatten, so handelt es sich in diesem Falle gar nicht um einen Krankenkassen-Mißstand, sondern um eine politische Demonstration.“

Wenn man berücksichtigt, daß in der Konferenz keine mit Belegen ausgestatteten Anklagen gegen die Ortskrankenkassen vorgelegt werden konnten, und andererseits eine große Anzahl von Arbeitern, welche in den Vorständen der Ortskrankenkassen sitzen, diese Kassen in der einschleichen Weise in Schutz nehmen, so muß man zugeben, daß es mit den Mißständen in den Ortskrankenkassen alles gar vieldeutlich doch nicht ist.“

Na also! Das Ding ist zwar reichlich griesgrämlich, zeigt aber, wie die Wahrheit sich Anerkennung erlangt.“

Ministerweisheit und Gewerkschaft. Unter dieser Ueberschrift schreibt das Handlungsgelhilfenblatt: Dem Reichstags liegen gegenwärtig nicht weniger als neun Steuerentwürfe zur Beratung vor, durch die das deutsche Volk mit etwa 500 Mill. Mark neuer Steuern belastet werden soll. Die herrschenden Gewalten im Reich denken nicht etwa daran, eine Reichseinkommensteuer einzuführen, die die bestehenden Bevölkerungsteuern treffen würde, sondern neue indirekte Verbrauchssteuern sind erdacht worden, die auf die Masse des besitzlosen Volkes, zu dem auch die Handlungsgelhilfen gehören, abgewälzt werden sollen. Keine sozialpolitischen Maßnahmen, dafür aber immer mehr drückende Steuern — so heißt es in unserem Vaterlande. Daß dies verberbernd auf die Stimmung in den Kreisen des arbeitenden Volkes wirken muß, ist selbstverständlich. Warum gehen wir an dieser Stelle darauf ein? Weil sich in der Sitzung des Reichstags vom 21. November der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben als Vertreter des Bundesrats einen fabelhaften Witz leistete, indem er die drückenden Steuern in Zusammenhang brachte mit den Gewerkschaftsbeiträgen. Dieser Minister machte eine, übrigens ganz verkehrte, Rechnung auf die Partei- und Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter und meinte, wenn das die Arbeiter zu zahlen vermögen, können sie auch die neuen Steuern zahlen. Was der Minister sagte, war nicht neu; denn das haben vor ihm Arbeiterverfeinde, denen die Organisationen der lohnarbeitenden Bevölkerung ein Dorn im Auge sind, schon hundertmal gesagt; aber es ist und bleibt Unsinn, denn die Gewerkschaftsbeiträge, (die z. B. die Mitglieder unres Zentralverbandes der Handlungsgelhilfen und Gehilfen zahlen, sind nicht wie die reichsgesetzlichen Verbrauchssteuern ein Verlust, sondern eine verbene Anlage. Damit führt die Gewerkschaft den Kampf zur Verbesserung der Lebenslage ihrer Mitglieder, zur Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne usw. Dasselbe gilt, wenn bei gesagt, auch für die Parteiorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterchaft, natürlich mehr auf politischem und geistlichem Gebiete. Von den Gewerkschaftsbeiträgen aber haben die Mitglieder auch direkten, greifbaren Nutzen, den man in der Tasche nach Hause tragen kann, hauptsächlich die Stellenlosenunterstützung. Und da stellt sich ein preussischer Minister hin und wirft Steuern, Partei- und Gewerkschaftsbeiträge in einen Topf.“

Was du nicht willst, das man dir tue ... Der schlagfertige schriftliche Arbeiterretter Herr August Worms wurde

von dem Schöffengericht in Bremen wegen Korberberlehung zu 3 W. Geldstrafe verurteilt. Er war angeklagt, die Ehefrau D. durch Schläge ins Gesicht mißhandelt zu haben. Die Ehefrau wollte ihrem Mann, der mit Worms in Streit geraten war, zu Hilfe eilen. Worms empfangt sie mit den Worten: „Ich will Ihnen zeigen, wie ich mit Weibern umspringe!“ und schlug auf die Frau los. Wir bemerken, daß Worms sehr milde davonkam. Herr Worms, der mit seinen Handlungen befreit auf der Anklagebank sitzt, hält eine fulminante Verteidigungsrede und will vor Gott beschwören, daß er unschuldig ist, was ihm aber nichts nützt. Wie oft hat dieser Herr nicht schon von der Brutalität der freien Gewerkschaften, dem Terrorismus der Sozialdemokratie gefaselt. Heute wurde ihm vor Gericht gesagt, daß er eine brutale Handlungsweise begangen habe.

Protestversammlungen gegen die drohende Mehrbelastung des Cabaks

sind der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands von den nachfolgenden Orten des Deutschen Reichs bekanntgegeben worden:

- 1. Gau: Altona-Dienien, Bülow in Mecklenburg, Bergedorf, Bredfeld, Holzungen in Mecklenburg, Daffow in Mecklenburg, Grahorn, Gernsdorf, Friedland in Mecklenburg, Gühring in Mecklenburg, Wilsdorf, Grewskowen in Mecklenburg, Hamburg, Harburg a. Elbe, Habersleben, Heide, Neebo, Ail, Langensiefen, Bünde, Lüneburg, Lauenburg a. Elbe, Norderm. in Mecklenburg, Bismberg, Norder, Segeberg, Schiffsbr. Edmann in Mecklenburg, Mitteren, Witten a. Rube, Wismar in Mecklenburg, Wittenberg.

- 2. Gau: Ahm, Bremen, Bremen-Hafstedt, Burgheim, Dänm, Neuhaus a. Elbe, Dloenburg, Ritterhude, Scharmed, Sarel a. Jade und Werden.

- 3. Gau: Bernburg, Braunschweig, Burg, Calbe, Glashaus, Dessau, Genthin, Groß-Müden, Gundersheim, Hannover, Herrhausen, Hülseheim, Jäglehagen, Mündorf, Orani, nbaum, Seelen, Stendal, Tangermünde, Wollensbüttel, Wernigerode, Wösten, Zerbst, Helmstedt.

- 4. Gau: Helmershausen, Gurtensbüsch, Treffurt, Minben, Schwege, Uslar, Wippenhausen, Nordhagen, Döberke.

- 5. Gau: Dielefeld, Bünde (Stadt), Wörsen, Holzhausen (Pyrmont), Barntrup, Sonnborn, Jagun (Walde), Gamin, Lengo, Brate, Glensbüsch, Spradow, Lage, Wundrod, Salzkufen, Wilsheim, Minben, Lüne a. Felsborn, Lubbeck, Nadden, Retha, Kreuz, Dloenburg, Rinteln, Hess, Döberdorf, Gerber, Espene, Dettlinghausen, Werber, Langinghausen, St. Annen, Schweideln, Schödtorf, Dünn, Westeringer, Büder und Aiden, Dettlinghausen, Köpke, Barthaufen, Rehme, Hohenhausen, Lohse, Zurgelnsfurt, Osnaabrück, Enger, Kirchlangern, Ennigloh bei Bünde.

- 6. Gau: Döhen, Hoyerstedt, Hesenkamp, Hildenhausen, Heringhausen, Heddelsiedel, Gehlstedt, Hollen, Geiringen, Drens, hauen, Niederborn, Giffen, Holzhausen, Leopoldsbühl, Düsselorf, Duisburg, Emmerich, Eintrud, Weidern, Woch, Röhl, Luxemburg, Wagen, Wörs, Dröy, Wallendar.

- 7. Gau: Altendulch, Viebrich, Videnbach, Vab Drb, Dittelsheim, Großhausen, Gießen, Garbeutein, Gr. Müden, Gr. Hausen, Griesheim, Gr. Müden, Heuchelheim, Janau, Hoppensen, Hauen, Höcht, Krosdorf, Kohnhald, Kl. Steinheim, Kl. Wörsen, Klein, Zudeln, Karshald, Kälberau, Kl. Hausen, Kamperheim, Kammshof, Kangelshof, Keldgerren, Korf, Hünigsdorf, Neidlingen, Nidingen, Nlo, Selgelnbach, Trob, Wiersheim, Grieben, Gerheim, Würge, Wörs, Wiesbaden, Jollhausen, Bartscheldsheim, Mainz, Frankfurt, Wörsbach, Grumbach, Königshausen.

- 8. Gau: Altküchem, Ebingen, Godesheim, Hensbach, Hofhausen, Hochdorf, Kirchheim, Katterkassen, Keimen, Laudenbach, Klingenfeld, Mecklenheim, Mühlhausen, Neudorf, Neulohheim, Oepersheim, Nordbad, Sandhausen, Speyer, Sandhoben, Schweltingen.

- 9. Gau: Alzenheim, Waden, Bruchsal, Drenzingen, Dirsburg, Dinglingen, Elgersweier, Eitelheim, Friesenheim, Friedelsbüsch, Gumbshelm, Gengenbach, Golschauer, Grunwetterbach, Haslach, Schweier, Karlsdorf, Lahr, Waldberg, Weisenheim, Neutrietel, Ofenauer, Ottenheim, Rastatt, Rengen, Rinsheim, Söllingen, Schutterwald, Scherzheim, St. Ludwig, Stettfeld, Uhlstadt, Weinsgarten, Bunsweier.

- 10. Gau: Heidenheim, Schöndorf, Gießlingen, Dürmenz-Mühlacker, Mühlberg.

- 11. Gau: Alzenburg, Schölln, Nonneburg, Gera, Klebsch, witz, Lobenheim, Koba, Erfurt, Apolza, Gießen, Schnellmannshausen, Balungen, Brotterode, Salzungen, Walldorf und Reinschmalldorf.

- 12. Gau: Döbeln, Eilenburg, Frobburg, Grimms, Halle, Geringswalde, Lunzenau, Merseburg, Scheibenberg, Leipzig, Mittelsweiba, Mühlberg a. E., Walsheim, Wurzen, Wittenberg, Weitzensfeld, Zeitz.

- 13. Gau: Wilschöwerde, Baugen, Dresden, Deuben, Frankenberg, Freiberg, Johannegeorgenstadt, Wöbau, Weissen, Deberan, Pirna, Seiffenmorsdorf, Schöndorf.

- 14. Gau: Altmühl, Windbaum, Breslau, Briesg, Ebing, Glah, Görlitz, Goldberg, Grauden, Greiffenberg, Grünberg, Gumpau, Hirschberg, Jauer, Järlschau, Königberg, Kienitz, Langenbühl, Mühlau, Neumarkt, Neustadt, Neuzals, Oppeln, Ohlau, Briebs, Weitenwitz, Peterswaldau, Wöfen, Kamlich, Reibitz, Sprottau, Schönlanke, Schmiedwitz, Schönberg, Schwärz a. Warthe, Striegau, Steindorf, Streben, Trebnitz, Warten, Brite.

- 15. Gau: Berlin, Cottbus, Dahme, Damsig, Fürstenaalbe, Frankfurt a. O., Finsterwalde, Guben, Zierob, Zaitrow, Ludenwalde, Wafemall, Caputh-Botsdam, Prenzlau, Sommerfeld, Spremberg, Schmebus, Schwebitz, Schönwalde, Trebbin, Züllichau, Lehnwitz.

In vielen Orten war es den einzelnen Kommissionen und Bezirksleitern nicht möglich, Versammlungen abzuhalten, sonst wäre die Zahl der Protestversammlungen noch bedeutend größer; außerdem ist noch eine weitere Zahl der stattgehabten Versammlungen der Zentralkommission nicht gemeldet worden.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands: J. A. Karl Butyr.

Berichte.

Ettendorf. Am 17. November referierte hier Kollege Deichmann in Bremen vor einer Protestversammlung über die Besteuerung der Tabakindustrie. Sein Gewerbe, so führte der Redner aus, habe in bezug auf seine Existenz und seine Fortentwicklung mit so vielen Hindernissen und gefährlichen Störungen zu kämpfen gehabt und noch zu kämpfen, wie das deutsche Tabakgewerbe. Nach einer Zeit schwerer Unterdrückungsmassnahmen sei die Zeit der rückwärtslosen Ausplünderung im fiskalischen Interesse gefolgt. Die durchschnittlichen Einnahmen des Reichs aus Tabaksteuern und -Zöllen seien enorm und seit dem Jahre 1879 stetig gewachsen. Letztere betragen pro q Jahr in den Jahren 1881—85 33 Millionen Mark, 1886—90 42 Millionen, 1891—95 67 Millionen, 1896—1900 65 Millionen, 1901—06 70 Millionen Mark. Hierzu kommen jetzt noch die Einnahmen in Höhe von 15 Millionen Mark aus der im Jahre 1906 eingeführten Zigarettenabgabensteuer. Es sei bekannt, daß diese Einnahmen vorwiegend von den Tabakarbeitern in Form von gezügten Löhnen getragen werden müßten. Neue Lasten, und zwar in Höhe von 91 Millionen Mark, wolle man der deutschen Tabakindustrie dazu aufladen. Namenloselend wieder über die Tabakarbeiter verhängt werden, wenn es der Regierung gelänge, diese steuerpolitische Maßnahme vor dem Reichstag zur Anerkennung zu bringen. Alle Erwerbslosen der gewerkschaftlichen Organisation, die es vermochte, den Jahresdurchschnittslohn von 400 Mk. im Jahre 1885 auf 608 Mk. im Jahre 1907 zu erhöhen, würden mit einem Schlage wieder gertrimmert sein. Mit dem Gemeinss, daß alle Tabakinteressenten befreit sein müßten, einmütig gegen diese neue

Befähigung zu protestieren, und das es Aufgabe der Tabakarbeiter sein müßte, sich zu organisieren, jedoch kleiner je mit Weisheit begleiteten Ausfühungen. Der Kollege Feinling, Straßburg ergänzte die Ausführungen des Referenten und erläuterte in verständlicher Weise die Bedeutung der gemeinschaftlichen Organisation. Jeder Tabakarbeiter habe die Pflicht, sich seiner Organisation anzuschließen. Eine Protestaktion, die dem Reichstagsabgeordneten Behrens nach übermittelt werden soll, fand einstimmige Annahme.

Kottbus. In der am 6. Dezember abgehaltenen Mitglieder-Versammlung erlaßte die Vollkommmission Bericht über den Stand des Streiks bei den Firmen Pütz, Strop, Zemann, Segal und Gebr. Wieland. Der Vorsitzende gab zunächst bekannt, daß ein Flugblatt in 300 Exemplaren an die arbeitende Bevölkerung von Kottbus im Umgegend verteilt worden ist. In dem die Entlassung des Streiks, die Verhandlungsbasis der Unternehmer geschildert wird und die Arbeiter aufgefordert werden, Solidarität zu üben und die Fabrikate dieser Firmen so lange zurückzuenthalten, bis auch diese Firmen sich bereit erklären, denselben Lohn zu zahlen, welchen die übrigen Firmen am Orte heutzutage bekommen. Arbeiter gemässen. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß auf Wunsch der Streikenden ein Schreiben an die Fabrikanten gerichtet worden ist, in dem um Verhandlungen zwecks Beilegung des Streiks ersucht wurde, da die Streikenden gewillt seien, unter annehmbaren Bedingungen die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Streikenden glaubten damit die Hand zum Frieden gereicht zu haben. Doch sie haben sich geäußert, denn das Schreiben ist gar nicht beantwortet worden. Die Unternehmer haben damit geantwortet, daß sie die Forderungen gar nicht wollen. Der Kollege Pöhlke aus Berlin, welcher in dieser Versammlung anwesend war, betonte die Forderungen dieser Herren von einer andern Seite, da ja selbst die Nähe des Friedens diese Herren von ihrem Wohlstand nicht zu befreien vermöge. Es scheint, als wenn der Arbeitgeberverband der Vauß keine erste Maßnahme in richtiger Weise durchführen will. Wenn diese Herren aber geklagt haben, durch die Nichtbeantwortung des Schreibens die Streikenden wankelmütig zu machen, so haben sie sich geirrt, denn folgende Resolution wurde von den Streikenden einstimmig angenommen: „Die am 6. d. M. im Restaurant R. Reil veranstalteten streikenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Kottbus erklären hiermit, daß sie trotz der Nichtbeantwortung des Schreibens an die Fabrikanten zwecks Beilegung des Streiks, an ihren gerechten Forderungen festhalten und lieber Kottbus verlassen, als sie einen unehrenhaften Frieden schließen.“ Durch die Annahme dieser Resolution haben die Streikenden bewiesen, daß sie gewillt sind, den Streik fortzuführen. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß in diesen 6 Wochen, in denen sich die Tabakarbeiter dieser obengenannten Firmen im Streik befinden, noch keiner der Streikenden wankelmütig geworden ist. Freilich haben sich aber eine Anzahl unglücklich verheirateter Männer und Frauen gefunden, welche die Nähe der Streikenden heisset haben. Da diese unglücklich Verheirateten aber unglücklich die Streikenden erlegen können, wird vermutet, daß von außerhalb Bismarck hierher geflohen werden. Wägen deshalb die Kollegen hierher ein wachsameres Auge haben.

Die Kollegen und Kolleginnen! Wir haben vorausgesehen, daß der Kampf ein hartnäckiger werden wird. Da es sich aber in diesem Kampfe um eine Prinzipienfrage handelt, so sind wir verpflichtet, denselben, auch in Eurem Interesse, mit aller Energie zu führen, bis selbst noch monatelang. Da ja in diesem Falle unser Sieg auch der Eure ist, bitten wir Euch, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Wenn wir auch, trotz der schwarzen Listen, einige Kollegen und Kolleginnen anderwärts untergebracht haben, so befinden sich doch noch 6 Bismarckmader, 1 Bismarckmaderin und 7 Bismarckmaderinnen im Streik. Der Streik dauert unverändert fort. Zugunsten fernzuhalten!

München. Am 2. Dezember tagte hier in Orientalischen Saal eine öffentliche Protestversammlung mit der Tagesordnung: „Die Tabakarbeiter und ihre Wirkung auf die Arbeiter dieser Industrie“, welche Kollege J. Obere eröffnete. Arbeiterleiterin Prävalent Helene Grünberg aus Nürnberg hielt hierzu das Referat. Eingehend schilderte Helene die schädlichen Wirkungen der gestellten Steuer, durch welche sie in der Tabakindustrie Beschäftigten schwer getroffen und zum Teil heillos gemacht werden. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, brachte Arbeiterleiterin J. Jakobine folgende Resolution zur Abstimmung: „Die Versammlung erhebt gegen die geplante Tabakarbeitersteuer ein heftiges Protest. Sie erklart in dieser Beziehung der Tabakarbeiter einen bedeutenden Schritt zur weiteren Verlebung von Sonderklauseln von Familienmitgliedern der durch diese Steuer brottos gemachten und somit der Not preisgegebenen Arbeiterkraft im Tabakgewerbe. Die Versammlung legt die bestimmte Erwartung, daß besonders die Vertreter der Arbeiterkraft im Reichstag gegen jede Verschlechterung der Lebenshaltung der an und für sich schon auf äußerster gedrückter Arbeiterkraft energisch eintreten. Um diesem Protest wirksamen Nachhall zu geben, erklarten die Anwesenden, mit allem Nachdruck für weiteren Ausbau der Organisation einzustreten, in der sie den besten Schutz gegen die Verschlechterung ihrer Existenz ersehen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Interessenten. Einmütig waren ebenfalls gegen jede weitere Belastung des Tabaks. Im Schlusswort richtete Jrl. Helene Grünberg noch einige ernste Worte an die Anwesenden, insbesondere forderte sie zum Beitritt zu der regen Agitation für unsere Organisation auf. Somit war die Versammlung um 11 Uhr beendet.

Niederbessen. Für die Orte Dornhausen, Niederbessen und Oberbessen wurde der Kollege G. Hagenberg als Delegierter zum Tabakarbeiterkongress nach Berlin gewählt.

Hannover. Am 28. November 08 tagte im Restaurant zur deutschen Elde eine gutbesuchte Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, zu welcher Kollege Kolthoff, Berlin, erschienen war, mit folgender Tagesordnung: Punkt 1: Was lebt uns der letzte Kampf; Punkt 2: Derzeitige Verhandlungsangelegenheiten; Punkt 3: Diskussion. Zu Punkt 1 wurde Kollege Kolthoff das Wort erteilt, er schilderte in ausführlicher Weise die traurigen Verhältnisse der Arbeiter. Der große Beifall zeigte, mit welchem Interesse die Versammlung diesem wichtigen Vortrag gefolgt war. Zu Punkt 2 wurden verschiedene Verhandlungsangelegenheiten auf das schärfste kritisiert. Besonders wurde beklagt, daß die Versammlung am letzten Punkt der Tagesordnung, zum Schluss ergreift Kollege Kolthoff nochmals das Wort und schildert, welche Gefahren uns drohen durch die neue Belastung des Tabaks, und forderte die Versammlung auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich dagegen zu sträuben. Es wurde beschlossen, eine Protestversammlung einzuberufen.

Neuhaus. Am 29. November fand im Saale des Hotels Lindenhof eine öffentliche Protestversammlung der Tabakarbeiter und Interessenten statt, in welcher der Gauleiter Cyr. Blome-Bremen das Referat übernommen hatte. Zu dieser Versammlung wurde der Reichstagsabgeordnete Herr Senator Siebers aus Bielefeld a. L. Luhe eingeladen. Herr Senator Siebers entschuldigte sein Nichtkommen in folgendem Briefe: Berlin, 25. November 1908, Geachteter Herr Lübbert!

Auf Ihr Schreiben vom 17. d. M. teile ich Ihnen höflichst mit, daß es mir vorläufiglich nicht möglich sein wird, Ihre Versammlung am nächsten Sonntag zu besuchen, da ich in dieser Zeit zu sehr durch Arbeiten in Anspruch genommen bin. Es würde mein Besuch Ihrer Versammlung ja nur dann Wert haben, wenn ich Ihnen bestimmte Zusagen machen könnte, da ich über die Lage der Zigarrenindustrie angefragt der geplanten Steuer durch mehrfachen Besuch von Versammlungen sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer in der Zigarrenfabrikation unterrichtet bin. Nach meiner Ansicht muß es hauptsächlich darauf ankommen, die von der Regierung vorgeschlagene Wandobersteuer zu verhindern. Ich halte diese

Virt der Besteuerung für eine erhebliche Schädigung der Heimarbeit in der Zigarrenfabrikation, für eine Erschöpfung des Verbrauchs und für eine arge Steuerbelastung, welche schließlich darin führen würde, die Zigarrenanfertigung in weniger große Fabriken zu bringen und die kleinen Betriebe zu zerstören. Meine Partei ist entschieden gegen eine Wandobersteuer; auch von Seiten anderer Parteien hat man sich dagegen ausgesprochen, doch scheinen die konservativen Parteien nicht dagegen zu sein, und da kommt es darauf an, was in der Kommission darüber beschlossen wird. Daß der Tabak ganz frei von Steuern bleiben wird, halte ich für völlig ausgeschlossen, aber ich hoffe, daß man sich wohl auf eine Gewichtssteuer einigen wird, und eine solche würde auch ohne erhebliche Schädigung der in der Industrie getragenen Löhnen können, wenn auch der Verbrauch in dem Maße ein wenig kleine Unannehmlichkeiten mit sich bringen würde.

Die Agitation gegen die Wandobersteuer ist eine außerordentlich große und der Reichstag wird sich dieser Agitation nicht verschließen können, so es sich um eine so große und wichtige Industrie handelt. Ich bitte Sie, diesen meinen Brief zur Kenntnis der Versammlung zu bringen, und entschuldigtig zu wollen, daß ich nicht persönlich zu Ihnen komme, aber ich bin zu sehr in Anspruch genommen.

Gochstättungsbevoll. R. Siebers, M. d. R.

Hierauf nahm Gauleiter Blome das Wort und teilte zunächst in scharfen Worten die Finanzreform des Reiches mit, was ihm soeben auf die geplante Wandobersteuer der Zigarren zu sprechen und wies darauf hin, wenn die genannte Steuer Gewicht hätte, 40 000 Tabakarbeiter brottos würden. Dieses zu verhindern, sei nicht nur für die Tabakarbeiter, sondern auch die Konsumenten müßten ganz energisch Front machen und den Reichstagsabgeordneten dazu bestimmen, daß er gegen jede Verschlechterung des Tabaks Stimme. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 27. November zu Neuhaus a. E. tagende, von ungefähr 200 Personen besuchte Versammlung erhebt entschieden Protest gegen jede indirekte Steuer. Die Anwesenden erwarten und machen Herrn Reichstagsabgeordneten Senator Siebers zur Pflicht, gegen jede indirekte Steuer zu stimmen und überhaupt gegen die 500 Millionen Steuer zu energisch Front zu machen.“

Neumünster. Am Sonntag, den 6. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich eingehend mit dem Stand des schon 32 Wochen dauernden Streiks beschäftigte. In dieser Versammlung nahm der Gauleiter Kollege Hagedorn-Samburg teil. Nach längerer eingehender Diskussion erklärten sich zwei Teile der Versammlung, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, bereit, den beiden verhandelten Platz zu machen. Durch dieses solidarische Handeln war die Möglichkeit gegeben, daß die letzten Streikenden untergebracht werden konnten. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, den Streik aufzugeben. Die Fabrikanten, welche das Gewerbeamt als Einigungsamt abgelehnt haben, sind durch das solidarische Handeln der beiden Kollegen direkt enttäuscht worden. Dieselben haben angenommen, daß die Arbeiter jetzt zu Kreuze kriechen müßten. In der Versammlung wurde mit Recht betont, daß in verächtlicher Form der Postamt weiter geführt werden muß. Die Behauptung der Fabrikanten, daß ihnen an der Fabrikation wenig gelegen ist, wurde am deutlichsten durch den Fabrikanten Dander bewiesen, welcher auf das eifrige Bemühen, die Arbeiterkräfte zu erhalten, es ist ihm auch gelungen, zwei Personen zu bekommen. Mit diesen Wünschen wir ihm viel Glück. Sache der Kollegen der übrigen Jahreshellen ist es, den Bezug nach Neumünster fernzuhalten. Die Kollegen von Neumünster sind der festen Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Forderung auch bei den Fabrikanten, welche noch nicht bewilligt haben, durchzubringen. Anfragen sind wegen Arbeitsgelegenheit an den Kollegen R. J. u. S. Christmann, 62, zu richten. Kollegen, unterhüt uns, indem ihr den Bezug nach wie vor fernhaltet, dann werden auch die übrigen Fabrikanten bewilligen müssen. Hoch die Solidarität!

Neumünster. Am Sonntag, den 6. Dezember, tagte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche sich eingehend mit dem Stand des schon 32 Wochen dauernden Streiks beschäftigte. In dieser Versammlung nahm der Gauleiter Kollege Hagedorn-Samburg teil. Nach längerer eingehender Diskussion erklärten sich zwei Teile der Versammlung, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, bereit, den beiden verhandelten Platz zu machen. Durch dieses solidarische Handeln war die Möglichkeit gegeben, daß die letzten Streikenden untergebracht werden konnten. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, den Streik aufzugeben. Die Fabrikanten, welche das Gewerbeamt als Einigungsamt abgelehnt haben, sind durch das solidarische Handeln der beiden Kollegen direkt enttäuscht worden. Dieselben haben angenommen, daß die Arbeiter jetzt zu Kreuze kriechen müßten. In der Versammlung wurde mit Recht betont, daß in verächtlicher Form der Postamt weiter geführt werden muß. Die Behauptung der Fabrikanten, daß ihnen an der Fabrikation wenig gelegen ist, wurde am deutlichsten durch den Fabrikanten Dander bewiesen, welcher auf das eifrige Bemühen, die Arbeiterkräfte zu erhalten, es ist ihm auch gelungen, zwei Personen zu bekommen. Mit diesen Wünschen wir ihm viel Glück. Sache der Kollegen der übrigen Jahreshellen ist es, den Bezug nach Neumünster fernzuhalten. Die Kollegen von Neumünster sind der festen Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, die Forderung auch bei den Fabrikanten, welche noch nicht bewilligt haben, durchzubringen. Anfragen sind wegen Arbeitsgelegenheit an den Kollegen R. J. u. S. Christmann, 62, zu richten. Kollegen, unterhüt uns, indem ihr den Bezug nach wie vor fernhaltet, dann werden auch die übrigen Fabrikanten bewilligen müssen. Hoch die Solidarität!

Uereinstell.
Deutscher Cabakarbeiter-Verband.
Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II, (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telephon Nr. 6046, Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Weid. Einreichung u. Besendungen nur an W. Niederwellaud, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.
Für den Aufsicht bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Grassau, Schmal-Weidenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.
Als verloren gemeldet wurde:
Das Mitgliederbuch, S. I, 2291, lautend auf Louis Brandes aus Hagen, geb. 16. 2. 43, eingetr. am 20. 2. 98 in Kl. III.
Nach den Angaben D. soll ihm das Buch in Gera in der Gewerkschaftsbergrube abhanden gekommen sein. Derselbe hat in diesem Jahre schon zwei Wandertaxen verloren, es darf daher kein Buch noch sonst eine Legitimation ausgehändigt werden. D. ist bei der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen und darf auch keinerlei Unterstützung verfordern.
Von H. d. e. n. e. i. m. das Mitgliederbuch, S. I, 6329, lautend auf Carl Möhner aus Demplingen, eingetr. am 7. 5. 06.
Von Braunschweig die Mitgliederkarte, lautend auf Johann Engels aus Braunschweig, eingetr. am 22. 8. 08. Die Karte enthält 10 Schillingen der R. L.
Von H. d. e. n. e. i. m. das Mitgliederbuch, S. I, 89 658, lautend auf Christmann Hansberg aus Grömmlich (Holen), geb. 17. 2. 54, eingetr. am 11. 5. 07. Derselbe ist ausgeschlossen.
Von Hildesheim die Mitgliederkarte, lautend auf Otto Salling aus Hamburg, eingetr. am 10. 8. 08. Die Karte enthält 12 Beiträge der R. L., a 45 Pfg.
Im Vorzugsstufte sind vorstehende Bücher und Karten zu kontrollieren und einzulösen.

Am Ansatze der Adresse wird ersucht:
Otto Juch aus Ohlan, geb. 15. 5. 71, eingetr. am 20. 10. 06, S. I, 44528. Derselbe ist von Götting ohne Anmeldung abgemeldet unter Hinterlassung seines Mitgliederbuches. Taggen hat er eine Sammelkarte zur Befähigung der Tabakarbeiter, Nr. 1068, mitgenommen. Auf dieser Karte sind 12 - M. abgezogen. Es werden alle Kollegen ersucht, falls die Karte zum Vorkommen kommt, sie zu kontrollieren und an den Vorstand zu senden, ebenfalls auch die Adresse. Wenn sich S. bis zum 14. 12. 08 nicht gemeldet hat, dann wird der Vorstand ohne weiteres entscheiden. (S. 1267)

Rach y 13b wurde gedruckt:
Paul Bach aus Neudamm, eingetr. am 6. 7. 01, S. I, 15576, jurzeit in Frankfurt a. O.

Die Gauleiter und Bevollmächtigten werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, um den Jahresbericht zeitig fertig zu stellen, es unbedingt erforderlich ist, die Berechnungen für das 4. Quartal 1908 gleich nach Beginn des neuen Jahres aufzustellen und an uns einzulösen.
Insbesondere ist darauf zu achten, daß im 4. Quartal sämtliche Unterküßungen bis zum 31. Dezember 1908 zu verzeichnen sind. Es dürfen keine Unterküßungen des Jahres 1908 auf das 1. Quartal 1909 übertragen werden. Es müssen die bei Kuratierung der Übertragung schon abgezogenen Unterküßungen für 1909 im 1. Quartal eingestrichelt werden. Bei Auszahlung von Unterküßungen ist ferer darauf zu achten, daß das Rollenblatt nicht mehr in Betracht kommt, sondern nur das Unterküßungsbuch.
Dringend ersucht ist es, sämtliche überflüssigen Gelder schon vor dem 31. Dezember einzulösen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Blankense-Deckenhuden in Schleswig-Holstein: Helm. Vieb als 1. Bev., Karl Harder als 2. Bev., Rob. Wehner als 3. Bev.; Karl Kolmorgen, Konrad Pirch, Chr. Traulsen als Kontrolleure.

Vom 1. bis 7. Dezember 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
30. November.	A 3. Dezember.
Neuhausdorf . . . 50.-	Polur, durch J. Schnell . 18.23
30. Schwab a. D. . . 250.-	3. Neuhaus . . .
1. Dezember.	durch M. Clement . . 30.-
Warendorf . . . 75.-	3. Hannover . . . 400.-
1. Herringshausen . . 75.-	5. Rohnheim . . . 80.-
1. Grewenmühlen . . 40.-	5. Wandberg a. B. . 100.-
1. Haderberg . . . 40.-	5. Neudamm . . . 100.-
2. Münter, S. Wald . 15.-	5. Oldenburg . . . 100.-
2. Ebnatob . . . 40.-	5. Hiltzberg . . . 800.-
2. Hohenheim . . . 700.-	5. Borch . . . 200.-
3. Dresden . . . 1250.-	5. Schiffsd . . . 90.-
3. Bielefeld . . .	5. Dittorf . . . 800.-
durch J. Schnell . 116.29	6. Götting . . . 800.-
3. Groß-Binzen . . .	6. Alsdorf . . . 100.-
durch J. Schnell . 32.55	6. Krip . . . 20.-

B. Freiwillige Beiträge:

3. Dezember, Dresden, J. Schmidt . . . 50.-	
3. München, J. Oberst, für Zentralkommission Berlin . . 23.00	
C. Für Annoncen:	
5. Dezember, Bornhof, G. Kattmann, Nr. 50 . . . 1.25	

Berichtigung: In Nr. 49 des Tabakarbeiter muß es heißen: Gewinn 100.-. Nr. Verbandsbeiträge und 4.80 M. für Annoncen in Nr. 45.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Eruche die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 7. Dezember 1908.

W. Niederwellaud, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Veränderungen:

Nachstehende Veränderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für Blankense-Deckenhuden in Schleswig-Holstein: Alle Zuschriften sind an Helmut Vieb in Dackenduden bei Blankense, Gärtnerstraße (Sig-Fabrik Joh. Hartmann) zu richten.
Für Hannover: Der 1. Bev. Adolf Grelbe wohnt in Linden, Heberstraße 15, Eingangs Altonstraße. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.
Für Neuhaus in Oberhessen: Der 2. Bev. Franz Dartsch wohnt jetzt Hiltzstraße 12.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:
In Hannover: Durch Heinrich Wiltcher, Lange Straße 2. Für Auguste in jeder Tageszeit. Für Oriska-Jähige jedoch nur des Sonntags von 8 bis 10 Uhr abends.

Krankentununterstützung wird ausgezahlt:
In Hannover: Durch Heinrich Wiltcher, Lange Straße 2. Nur Sonntags von 8 bis 10 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Euer Versammlungen zahlreich!)

In Bahms: Sonntags, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant Kattgerarten. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um glückliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Gera: Sonntags, den 12. Dezember, in der Abendburg Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Hildesheim: Montag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Ergebnis der Lohnbewegung. 2. Bericht: Gauleiter Benzel. 3. Kartellbericht und Neuwahl der Delegierten. 4. Bericht: e. n. e. i. m. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Allen hundertfünfzig Kollegen zur Kenntnis, daß dieselben in der einmündigsten Zentralbergrube, Stadt Zwidau, saubere und gute Unterkunft finden. J. A.: Die Ortsverwaltung.

Notbus. Das Verzeichnis befindet sich jetzt in der Gewerkschaftsbergrube (Hiltzstraße) durch Bülter (Sandow). J. A.: Der Bevollmächtigte.

Honneburg. Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich vorher in ihrem eigenen Interesse an den Bevollmächtigten wenden. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.
Geschäftsführer: Hamburg-Altenbergh, Mozartstraße 5, I. Aufsicht: D. Sidow, Frankenburg a. S., Steinstraße 32. Schiedsgericht: A. Deh and, Berlin N., Ruppelstraße 24.
Eingegangen: Rellingen 100.-, Groß-Aubem 50.-, M. Sterbekasse: Berden 250.-, M. Zusätze: Wundenheim 100.-, Mühlheim 50.-, Götting 100.-, Nordhausen 100.-, M. Kranzberg: 10.-, M.
Hamburg, den 7. Dezember 1908. W. Otto.
Zur Beachtung dieses Jahr 1908 ist in Götting und Ausgabe mit dem 26. Dezember ab.

feiner alle Gemüter in Aufregung hält, für unsere Organisation zu werden. Mittels die Indifferenten auf! Der Vortrag unfers Kollegen Schlichter in der Protokollversammlung vom 21. November wird manden Kollegen, ber uns noch fernsteht, zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß er der Organisation nicht länger gleichgültig gegenübersehen darf.

Der erste Bevollmächtigte.

Neuwahlheim. Für die Protestbewegung gingen hier folgende Gelder ein:

Fabrik Metzger	4.80 Mk.
„ „ „	9.85
„ „ „	7.70
„ „ „	8.80
„ „ „	12.70
„ „ „	5.30
„ „ „	8.10
„ „ „	7.55
Summa	59.90 Mk.

S. Krohn, Gouletter.

Frankfurt. Eine imposante, aus allen Kreisen der Provinz sehr stark besuchte Protokollversammlung tagte am 28. November im Deutschen Kaiser, in welcher unter Gouletter Kollege Schnell-Gleiten ein vorerfichtliches Referat über das Thema: 500 Millionen Mark neue Steuern, unter besonderer Berücksichtigung der Tabaksteuer, unter großer Beifall erteilte. Kollege Landtagsabgeordneter Georg Raab ergänzte seine trefflichen Worte. Große Beibehaltung riefen die Maßnahmen der Regierung hervor, wodurch die Arbeiter drohlos gemacht werden. Eine Resolution, in welcher gegen die Tabaksteuer und überhaupt gegen jede Verbrauchssteuer auf das entscheidende protestiert wird, fand einstimmig Annahme.

Der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Herr Dr. O. Mann-Darmstadt (nat.-lib.) heulte auf die ihn gelandete Einladung, gefürchtet, daß er „abblutet“ nicht erweisen könne und verwies uns auf die Worte seines Parteigenossen im Reichstage, daß er wohl für eine Tabaksteuer nicht stimmen werde, daß aber die Frage offen, ob er für eine Tabaksteuer zu haben sei. Deshalb meinten viele Redner, daß die Tabaksteuer nicht vorzugehen werde und daß die lang ersehnte, erstöde Tabaksteuer dahinter stehe. Das sind die versprochenen goldenen Dagegein vom Januar 1907!

Wienhausen. Am 22. November tagte hier im Gasthaus zur Krone eine imposante Versammlung zum Protest gegen die Tabakfabriksteuer. Der Referent, Redakteur A. P. v. d. Korbhausen, schilderte in 1 1/2 stündigem Vortrag die Gefahren, welche durch die Fabriksteuer für die Tabakindustrie entstehen. An der Hand eines vorzüglichen Materials bewies er, wie es den mittleren und kleinen Fabrikanten und Fäbriern unmöglich wäre, wenn die Vorlage Gesetz würde, weiter zu existieren, und daß dadurch 50 000 Arbeiter drohlos würden, was eine Gefahr

für den Staat sowohl wie für die Kommunen bedeutet. Der Redner ging dann noch erläutern auf einzelne Paragraphen der Vorlage ein. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, die sich scharf gegen die Vorlage ausdrückt und den Reichstagsabgeordneten, Herrn Raab, sowie den Magistrat der Stadt auffordert, gegen die Vorlage zu protestieren.

Bewerkschansbewegung.

Die Internermenteristen gegen den Arbeiterinnenklub. In der Abendausgabe der Post vom 8. Dezember 1908 wird heftig gegen die Gewerkschaften und den Arbeiterinnenklub losgegangen. Der Artikel, den sich die Post schreiben läßt, kritisiert all und jede Bestimmung, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen in dem Gesetzentwurf Aufnahme fand. Am liebsten wäre es dem Blatte, wenn die ganze Vorlage scheiterte. Schließlich werden auch die Arbeiterinnen noch mit einer Drohung gegen die Vorlage aufzubringen verführt; das Blatt schreibt nämlich:

Die Sache hat aber noch eine andre Seite. Fraglos ist, daß die Verführung der Arbeiterzeit auf eine erhebliche Reduktion der Löhne zur Folge haben muß. Die Zeitungsindustrie ist fast erschöpft, keine Lohnverhöhung zum Ausgange für die gefährliche Beschränkung der Arbeitsstunden vorzunehmen Sie hat sich dahin verhalten, die Arbeiter in Schutrigkeiten kommen sollten, zu unterstützen. Die schmerzliche Lage des Arbeitsmarktes begünstigt die Absicht, Ausstellungen im großen Maßstabe vorzunehmen, außerdem. Dies sollten sich die allzu eifrigen Volksglieder merken, daß sie durch ihren sozialpolitischen Ueberzeugungen nicht nur die Industrie, sondern letzten Endes auch die Arbeiter selbst auf's schwerste schädigen.

Die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisationen. Ueber dieses Thema referierte kürzlich Genosse Regien in einer öffentlichen Vortragsversammlung in Berlin, die von Verbandmitgliedern und Sozialorganisten einberufen war. Der Vortragsvorredner teilte zu Beginn der Versammlung mit, daß sich die beiden Richtungen scharf gegenüberstünden und daß eine Einigung nicht leicht sein werde. Dessenungeachtet müßte aber doch auf eine Einigung hingearbeitet werden, sollten die Interessen der Berufsangehörigen nicht schwer darunter leiden. Die Ausführungen Regiens gipfelten in dem Ratseize, daß es das Interesse der Lohnarbeiter, deren Stellung im heutigen Wirtschaftslieben erfordere, daß sich die Berufsangehörigen in einer Organisation zusammenfinden müssen.

Gegner der Vereinhaltung traten in der Versammlung keine auf. Die Versammlung vollendete so: „Der Kampf der Arbeiter um die Hebung der Lebenslage

auf allen Gebieten erfordert, wenn er zum Siege geführt werden soll, daß sich alle Arbeiter organisieren, und nicht nur auf gewerkschaftlichen, sondern auch auf politischem Boden.

Weiter ist notwendig, in Anbetracht der immer zahlreicher und schwieriger sich gestaltenden Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern, und bebingt durch die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, durch das Erstarren der immer fester sich zusammenschließenden Unternehmerverbände und der heftig größer werdenden Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, daß sich die Arbeiter zu Einheitsorganisationen zusammenschließen.

Der Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, der den weitaus größten Teil der Töpfer Deutschlands in sich vereinigt und die Interessen seiner Mitglieder in jeder Beziehung vertritt, wie es von einer modernen Arbeiterorganisation erwartet werden kann, ist als die Einheitsorganisation für die Töpfer zu betrachten, alle Töpfer sind im Interesse des Berufs verpflichtet, soweit sie noch nicht dem Verband angehören, denselben unbedinglich beizutreten.

Quittung.

Zur Befämpfung der drohenden Tabaksteuer-Gefahr (Tabaksteuer-Feuer) sind bei dem Unterzeichneten folgende Gelder eingegangen:

Kollegen der Zigarettenfabrik Gorbay, Berlin	3368/69	18.15
„ „ „ „ „	3388	2.80
„ „ „ „ „	3370	3.00
„ „ „ „ „	2610 u. 2857	27.10
„ „ „ „ „	3375/76	12.70
„ „ „ „ „	3357 u. 3378	24.65
„ Zigarettenfabr. Hammacher	2768	6.85
„ „ „ „ „	2642	15.30
„ „ „ „ „	2636	7.70
„ „ „ „ „	2630	8.90
„ „ „ „ „	2634	11.10
„ „ „ „ „	2681	1.85
„ „ „ „ „	2640	4.75
15. Bezirk, durch Kollegen J. Löbe, Neu-Ruppin		17.85
„ „ „ „ „	Herrn Kaufmann, Ehrenbrüder	7.70
„ „ „ „ „	Eheoor Geride, Breunlag	25.00
„ „ „ „ „	C. Sypriester, Wolgast	5.00
„ „ „ „ „	Carl Großmann, Bernau	32.10
„ „ „ „ „	Paul Götz, Königsmühlentor	11.70
„ „ „ „ „	Rudolf Neubert, Deberan i. S.	10.00
„ „ „ „ „	Jal. Hermann, Müllheim (Süd.)	19.30
Summa	268.30	
Bereits quittiert	885.75	
Summa	Mk. 1154.05	

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
J. H. Lubwig Walter, Kassierer, Berlin N. 87,
Welschenburger Straße 75.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

Roh-Tabak. Bedarfs-Art.

Sumatra-Decks, besonders preiswert, hellfarbiges Stüchblatt à 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 3500, 4000, 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 8500, 9000, 9500, 10000, 11000, 12000, 13000, 14000, 15000, 16000, 17000, 18000, 19000, 20000, 21000, 22000, 23000, 24000, 25000, 26000, 27000, 28000, 29000, 30000, 31000, 32000, 33000, 34000, 35000, 36000, 37000, 38000, 39000, 40000, 41000, 42000, 43000, 44000, 45000, 46000, 47000, 48000, 49000, 50000, 51000, 52000, 53000, 54000, 55000, 56000, 57000, 58000, 59000, 60000, 61000, 62000, 63000, 64000, 65000, 66000, 67000, 68000, 69000, 70000, 71000, 72000, 73000, 74000, 75000, 76000, 77000, 78000, 79000, 80000, 81000, 82000, 83000, 84000, 85000, 86000, 87000, 88000, 89000, 90000, 91000, 92000, 93000, 94000, 95000, 96000, 97000, 98000, 99000, 100000.

B. Hermann Müller

Berlin, Magasinstraße 14.

Nr. 6193

Sumatra

à Pfund Mk. 1.75, verpöllt.

Nr. 6195

Java-Sumatra

à Pfund Mk. 2.50, verpöllt, rötlich braun, gut färben, tabellos brennen.

Roh-Tabak!

Sumatra 120, 150, 240, 250, 320, 600, 700 $\frac{1}{2}$.

Vorstenland 100, 105-200, 250 $\frac{1}{2}$.

Brasil 110, 125, 180, 150, 180, 200 $\frac{1}{2}$.

Domingo 85, 100, 110 $\frac{1}{2}$.

Mexiko 180, 250, 300 $\frac{1}{2}$.

Borneo 180 $\frac{1}{2}$.

Havanna 250, 300, Losgut gef. 80 $\frac{1}{2}$.

Seedleaf 100, 110, 120, 130 $\frac{1}{2}$.

Gestr. Einlage 130, Grus 100 $\frac{1}{2}$.

Berford nur unter Nachnahme.

A. Matthesen

Altona, Grosse Prinzenstr. 18.

Kindersegen und -kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter.

Von Bruppacher, pratt. Vrt.

Geg. Einbindung v. 35 Bg. zu beziehen urch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

3000 Bld. Sumatra- und Vorstenlandblätter. . . à 100 $\frac{1}{2}$

20000 Pfd. Java-Umblatt u. Deckblattproben à 120 $\frac{1}{2}$

influsioe Boll - per Nachnahme.

H. Nusemann, Rohtabakhandlg., Bremen, Rohethor-Chaussee 105.

Das persönliche Regiment

Reden und sonstige öffentliche

.. Aussagen von Wilhelms II. ..

Drohliert 200 Seiten 1. A. Porto 20 $\frac{1}{2}$.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig Tauchaer Strasse 19/21.

Wiesbadener Volksbücher

Pro Bänden 10 bis 45 Bg.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.

Achtung!

Java-Deckblatt

erste Länge Bldblatt, reine Farben u. Abdruck, empfohlen verpöllt per Pfund Mk. 2.60.

Typen

verleihen gerne gratis und franco.

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale: Berlin N., Brunenstr. 190.

Gewerkschaftsbewegung u. Alkoholfrage.

Volkbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Ratgeber f. Arbeiter

geb. 1.25 Mk. Volkbuchhandl. Leipzig.

Wer kauft ungequittete

Tabak - Rippen

gemischt? Offerten mit Preisangabe an Ang. Opitz, Dessau, Stenischstr. 7.

Um Angabe der Adresse des Zigarettenarbeiters

Alb. Baltus aus Arnheim

erludt H. Kattelmann, Metallarbeiter, Wersbörger (Bezirk Bremen).

Unserem Kollegen

Georg Homann aus Warendorf i. W.

zu seinem am 9. Dezember stattgefundenen Wiegenfest nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Seine alten Mitarbeiter der Firma Grantzow in Hauen.

Unserem Kollegen Peter Ewerling zu seinem am 9. Dezember stattgefundenen 24. Wiegenfest ein bornendes Gedicht!

Die organisierten Kollegen der Zigarettenfabrik Rentsch & Co. Werther i. W.

Codes-Anzeigen.

Am 20. November verstarb nach langer Krankheit des Mitgliebes Johannes Kramm aus Halberstadt im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Braunschweig.

Am 1. Dezember verstarb unser Mitgliebes, die Zigarettenarbeiterin Emma Kramm aus Ober-Gruno, im Alter von 38 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren her Verstorbener Die Kollegen der Zahlstelle Dresden.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 1. Dezember das Mitgliebes Frau Marie Lippmann im Alter von 24 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder d. Zahlstelle Frankenburg.

Am 2. Dezember starb nach schwerem Leiden im Alter von 86 Jahren das Mitgliebes Dora Heisterkamp geb. Meyer in Berlin.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder Verdona.

Am 3. Dezember starb nach kurzem, schwerem Leiden das Mitgliebes Julius Kuhnert aus Neumarkt i. Schl. im Alter von 40 Jahren an der Lungenerkrankung.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Neumarkt i. Schl.

Am 4. Dezember verstarb nach langem, schwerem Leiden das Mitgliebes Meleone Melchardt aus Schmöden.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Altenburg a. A.

Briefkasten.

Verlost-Liste müssen arbeitslos sein. - Uebere Interate im vorher zu bezahlen. Bei Einbindung her Beschäftigten aus die Kramm: ein Bldblatt à 100 $\frac{1}{2}$ und 20000 Pfd. Sumatra-Decks à 1.25 Mk.

Koll. Werthor 60 Pfd. - A. O. Dessau: 1.25 Mk.

Weil wir uns mit dem bescheidensten Nutzen bei nur erstklassigem Material begnügen, sind wir in der Lage Ihnen besondere Vorteile beim Einkauf zu bieten.

Als besondere Spezialität führen wir entrippte, nach Havaneser Methode gestreckte

Einlagen.

Ein Versuch lehrt, wie vorteilhaft die Fabrikation. Wesentlich geringerer Verbrauch an Umblatt und Einlagen.

Verlangen Sie bei Bedarf, ob Sie anderweit kaufen, in Ihrem eigenen Interesse unsere Spezial-Offerte.

Jacob & Noll, Rohtabakhandlung Hannover.

Billige Rohtabake zur Zigarettenfabrikation!

Sumatra, Bldblatt, II. Länge, hell, fast 220-425 $\frac{1}{2}$

Sumatra, Bldblatt, III. und IV. Länge, hell, fast, braun 170-300 $\frac{1}{2}$

Sumatra, Stüchblatt, hell, fast 185, 225, 275, 350 $\frac{1}{2}$

Vorstenland, Bldblatt, I. Länge, hell, fast 260-300 $\frac{1}{2}$

Brasil, Deckblatt, 145-200 $\frac{1}{2}$ Umblatt und Einlage 120, 125, 180, 140 $\frac{1}{2}$

Sumatra, Umblatt, 115, 125, 135 $\frac{1}{2}$, Java-Einlage u. Umblatt 95, 100-180 $\frac{1}{2}$

Karl Ramm, Rohtabakhandlung, Altona, Papenstraße 46.

LOSE der Königlich Sächsischen Landes-Lotterie

und zwar: Ganze, Halbe, Fünftel, Zehntel pro Klasse à 50 Mk., 25 Mk., 10 Mk., 5 Mk. versendet

A. Zapf, Leipzig, Brühl 2

Königlich Sächsischer Lotterie-Kollektor.

Java-Umblatt und Einlage

n blattiger, schöner Ware, feinste hell- und mittelgrüne Sumatra-Decker, Carmen- und Domingo-Umblatt, wie helles, loses Gut, aus nur gefunden, überreifen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigt

Heinr. Carl Rose jr., Bremen.

Die Expedition des Tabakarbeiter

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

gibt folgende, zu Weihnachtsgeschenken geeignete preiswerte Bücher gegen Einbindung des Betrages und des Portos ab:

Die Heiterheit. Von Otto Lubwig, reich illustriert von S. Stebermann. Prachtausgabe. Statt 6 Mk. nur 3 Mk., Porto 50 Bg.

Zwischen Himmel und Erde. Von Otto Lubwig, reich illustriert von S. Stebermann. Prachtausgabe. Statt 6 Mk. nur 3 Mk., Porto 50 Bg.

Vogt, Illustrierte Weltgeschichte für das Volk. 6 Bände. Statt 39 Mk. nur 18 Mk., Porto 1 Mk.

Vogt, Welt der Erfindungen. 8 Bände. Gebunden. Statt 52 Mk. nur 25 Mk., Porto 1 Mk.

Der Eisenbahner. 2 Bändchen. Aufzge über das gesamte Eisenbahnwesen mit vielen Bildern und Karten nebst Modellatlas: Moderne Fahrzeug. Statt 34 Mk. nur 7.50 Mk., Porto 50 Bg.

Das Festland am Südpol. Die Expedition zum Südpol in den Jahren 1898/1900. Von Carl von Dreyer. Elegant gebunden. 609 Seiten Text, 326 Abbildungen und 6 Karten. Statt 15 Mk. nur 6 Mk., Porto 50 Bg.

Der Erdhäll und seine Entdecker. Mit vielen Illustrationen. Statt 6 Mk. nur 2.75 Mk., Porto 50 Bg.

Alle tabellos neue Exemplare und nur gute Werte.